Stand: 12.07.2025 22:44:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4566

"Energiepaket darf nicht die Erneuerung von Heizungen stoppen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4566 vom 06.11.2019
2. Beschluss des Plenums 18/4675 vom 07.11.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 07.11.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.11.2019 **Drucksache 18/4566**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Albert Duin, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Energiepaket darf nicht die Erneuerung von Heizungen stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Änderung der Förderregelungen im Heizungsbereich (insbesondere Öl-Heizung) so klar geregelt wird, dass keine Erneuerungsvorhaben von Bürgern zurückgestellt werden. Alte bzw. neue Fördermöglichkeiten sollen von Bürgern auch rückwirkend in Anspruch genommen werden können. Bürger, die ihre Heizung erneuern möchten, müssen Planungssicherheit haben.

Begründung:

Die Bundesregierung hat den Heizungsmarkt ins Chaos gestürzt. Nach den Ankündigungen zur CO_2-Reduzierung im Gebäudebereich sind die Endkunden stark verunsichert. Da die Eigenheimbesitzer nicht wissen, woran sie sind, stornieren sie in großer Zahl Aufträge. Dies bedeutet auch massive Umsatzverluste für das Heizungsbauerhandwerk und die Heizungsindustrie, zudem laufen ersatzwürdige Heizungen länger als nötig. Nach Schätzungen verliert der Heizungssektor aktuell bereits einen dreistelligen Millionenbetrag.

Diese Umsatzeinbußen treffen hauptsächlich kleine und mittlere Betriebe. Ursache dafür ist die chaotische Förderpolitik der Bundesregierung. Die Hauseigentümer hoffen auf staatliche Zuschüsse beim Einbau neuer Heizungen, die momentan bloße Absichtserklärungen sind. Zu den in Aussicht gestellten Förderinstrumenten gehören eine steuerliche Abschreibeoption, eine Austauschprämie sowie KfW-Zuschüsse. Die Situation wird zusätzlich durch das geplante Verbot von Ölheizungen verschärft, da insbesondere in ländlichen Gebieten oftmals keine Infrastruktur für Gasheizungen oder alternative Möglichkeiten besteht. Langfristig brauchen wir einen echten Neustart in der Klimapolitik, der nicht auf planwirtschaftliches Klein-Klein setzt, sondern auf marktwirtschaftliche Anreize. Ein einheitlicher CO_2-Preis ist dabei der Schlüssel für effizienten Klimaschutz.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.11.2019 **Drucksache** 18/**4675**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Albert Duin, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**4566**

Energiepaket darf nicht die Erneuerung von Heizungen stoppen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Josef Seidl
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Benjamin Miskowitsch
Abg. Natascha Kohnen
Abg. Hans Friedl
Abg. Raimund Swoboda

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Albert Duin u. a. und Fraktion (FDP)
Energiepaket darf nicht die Erneuerung von Heizungen stoppen (Drs. 18/4566)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Eigenheimbesitzer und Vermieter brauchen Rechtssicherheit in Sachen Heizungsneubau und Heizungsumbau (Drs. 18/4617)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Saubere Wärme - für ein gutes Klima (Drs. 18/4618)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bleiben weiterhin in den Niederungen von praktischer Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Der Antrag geht auf ein Gespräch zurück, das ich vor einigen Tagen mit meinem Schwager geführt habe. Er führt ein mittelständisches Handwerksunternehmen im Bereich Sanitär und Heizung und hat mir geschildert, dass es im Moment total schwierig sei, dieses Unternehmen zu steuern; denn inzwischen kämen jede Menge Kunden, die ihre Planungen für neue Heizungsanlagen zurückstellten. Ich habe daraufhin auf eine vom ZVSHK durchgeführte Umfrage verwiesen, die ergeben hat, dass inzwischen Aufträge bis zu einem dreistelligen Millionenbetrag zurückgestellt oder

storniert wurden. Die Gründe dafür sind die Klimadiskussionen in Berlin und das Klimapaket mit den ganzen Unsicherheiten, die damit verbunden sind.

Aus Sicht des Bürgers ist es natürlich verständlich, dass er sagt: Wenn ich die Möglichkeit habe, für eine Sanierung später Zuschüsse zu bekommen, dann stelle ich mein Vorhaben erst einmal zurück und warte. Das hat den Effekt, dass die alten Heizungen weiterlaufen, gerade jetzt in der Heizperiode. Die Handwerksbetriebe werden die Arbeit später gar nicht mehr stemmen können. Für kleine Betriebe kann dadurch sogar eine existenzgefährdende Situation entstehen. Das alles kommt daher, dass momentan unklar ist, wie die spätere Förderung aussehen soll.

Besonders spannend ist es bei den Ölheizungen. Hier könnte die Sache nach hinten losgehen. Nach dem neuen GebäudeEnergieGesetz wird eine neue Ölheizung nämlich nur noch zugelassen, wenn Hybridlösungen gefunden oder neue Energien in die Wärmegewinnung eingebunden werden. Wenn neue Heizungen gar nicht mehr zugelassen werden, fragen sich die Menschen auf dem Land, die keine Gasversorgung haben und für die Hybridlösungen kostenmäßig nicht darstellbar sind, was sie tun sollen. Diese Menschen haben wirklich ein Problem. Insbesondere ein Flächenland wie Bayern müsste hier eingreifen und die Ölheizungsbesitzer unterstützen.

Sehen wir uns einmal an, welche Fördermöglichkeiten heute existieren. Da gibt es ganz unterschiedliche Möglichkeiten. Vorgeschaltet ist immer ein Beratungsgespräch. Dann gibt es steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und eine Austauschprämie für Heizungen. Von der KfW gibt es Zuschüsse. Die Handwerker müssen sich mit den Kunden hinsetzen und die einzelnen Möglichkeiten durchrechnen. Dies müsste einfacher werden.

Jetzt kommen noch die neuen Vorgaben. Da weiß keiner mehr so richtig, wie es weitergeht. Deshalb stellt jeder vernünftige Bürger zunächst einmal sein Vorhaben zurück, auch auf die Gefahr hin, dass seine Situation möglicherweise schlechter wird. Wir alle wissen, für Investitionen gibt es nichts Gefährlicheres als Unsicherheit. Die

Maßnahmen werden also nach hinten gepackt. Ob diese Maßnahmen noch umgesetzt werden, bleibt ungewiss. Die Bürger verlangen in dem bisherigen Förderdschungel und angesichts der möglicherweise noch hinzukommenden Vorgaben nach Transparenz und Planungssicherheit.

Deshalb haben wir unseren Vorschlag eingebracht. Im Hinblick auf die beiden anderen Anträge, die auf der Agenda stehen, sage ich: Wir wollten keine große Energiediskussion führen, sondern vor allem eines erreichen: Ein Bürger, der sich heute überlegt, seine Heizung zu erneuern, soll sicher sein, dass er die besseren Bedingungen, die sich möglicherweise aus dem Energiepaket ergeben, erhält, und damit schon jetzt Planungssicherheit bekommen. Das ist eine ganz kleine Maßnahme. Bayern sollte sich dafür im Bund einsetzen und möglicherweise den kleinen Aufschlag, der sich daraus ergibt, selbst tragen, sollte es keine Lösung über den Bund geben. Das ist ein kleiner und praktischer Ansatz, den eigentlich alle mittragen könnten.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Josef Seidl für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben zehn Sekunden Zeit, das Abstimmungsverhalten und die Position Ihrer Fraktion darzulegen.

(Beifall bei der AfD)

Josef Seidl (AfD): Sehr verehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gelernter Heizungs- und Lüftungsbaumeister und seit meinem 25. Lebensjahr selbstständig. Ich weiß, wovon ich rede. Eines verstehe ich allerdings nicht ganz: Ich habe diesen Antrag vor 14 Tagen eingebracht. Dem hätten Sie locker zustimmen können. Das ist derselbe Antrag in Grün.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie ihn abgekupfert haben. Recht schönen Dank! Wir machen weiter so. Bis zum nächsten Mal.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Abgeordneter Seidl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Wärmebereich ist die größte Baustelle beim Klimaschutz. Er ist in Bayern für 35 % der gesamten CO_2-Emissionen verantwortlich. Eine ganz große Stellschraube sind die Heizungen. Die müssen auf jeden Fall ökologischer werden.

Es ist deshalb kaum zu glauben, dass im Jahr 2019 – in einem Jahr, in dem wir wegen Hitzerekorden massive Schäden in unseren Wäldern verzeichnen, in dem ein Temperaturrekord den anderen jagt, in dem es Ernteausfälle in der Landwirtschaft in Millionenhöhe gibt – immer noch eine Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD Ölheizungen fördert. Damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die einzige etwas mutige Regelung in dem Klimapaketchen der Bundesregierung, das Verbot von Ölheizungen ab 2026, wird wieder vollkommen verwässert. Es wäre vielleicht einmal nicht schlecht, Herr Kaltenhauser, wenn Sie ein bisschen lesen würden: Wenn nämlich ein Gas- oder Fernwärmeanschluss nicht vorhanden ist, kann jederzeit eine dreckige Ölheizung eingebaut werden. Also ist das, was Sie gesagt haben, leider nicht richtig.

Wir sagen hier klar: Wenn Gas- oder Fernwärme da ist, warum sollen wir dann noch sechs Jahre warten? – Dann muss ganz klar sein: Ab sofort dürfen keine Ölheizungen mehr eingebaut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die ganzen anderen Ausnahmen müssen raus. Es genügt ja schon, dass es die Möglichkeit gibt, eine kleine Alibi-Solarthermieanlage zu nutzen – das nennt sich dann eine Hybridlösung –, und dass man dann bundesweit, landauf, landab, wieder dreckige Ölheizungen einbauen kann, ohne irgendeinen Stichtag. Mit dem neuen Klimapa-

ket soll es eine Förderung in Höhe von 40 % geben. Ich finde es gut, dass es wirklich eine Austauschförderung gibt. Aber diese Gelder werden dann auch noch für neue Ölheizungen mitgenommen. Das ist wirklich ein Schwachsinn und eine Verschwendung von Steuerzahlergeldern. Wie hörig ist denn hier die Bundesregierung gegenüber den Einflüsterungen der Lobby der fossilen Industrie? – So werden wir Klimaziele nie erreichen. Zu diesen Punkten haben wir einen Nachzieher eingereicht.

Jetzt noch einmal zum FDP-Antrag. Sie schreiben: "Langfristig brauchen wir einen echten Neustart in der Klimapolitik". Herr Kaltenhauser, vielleicht sollte doch einmal Ihre FDP-Fraktion aufwachen: Wie viele Klimawissenschaftler müssen denn noch sagen, dass wir jetzt Klimaschutz betreiben müssen,

(Martin Hagen (FDP): Aber doch nicht so wie bisher!)

dass unser Klimabudget nur noch für zehn oder fünfzehn Jahre reicht? Wie oft müssen wir hier im Landtag noch darüber diskutieren? – Und Sie sprechen davon, dass wir langfristig eine andere Klimapolitik brauchen.

Wir lehnen den Antrag auch ab, weil er in die falsche Richtung geht. Heizungen tauscht man im Winter aus.

(Unruhe – Petra Guttenberger (CSU): Heizungen tauscht man im Sommer aus!)

Wenn man jetzt sagt: neue Heizungen, dann geht es darum – – Halt, andersherum: Heizungen tauscht man nicht im Winter aus. Entschuldigung, danke für Ihren Einwand. – Heizungen tauscht man eben nicht im Winter aus. Man macht Planungen, dass man zum Beispiel ab April eine neue Heizung einbaut. Sie von der FDP sind vielleicht besonders schlau, Sie tauschen sie im Winter aus, weil Sie sagen: Ja, da kann ich Heizkosten sparen.

Das Problem beim Heizungsbau, beim Austausch ist der Fachkräftemangel im Handwerk. Das Handwerk braucht mehr Aufmerksamkeit, braucht unsere Unterstützung. Das massive Ausbremsen der erneuerbaren Energien durch die Bundesregierung,

durch die GroKo, hat gerade bei den Solarteuren einen massiven Einbruch verschuldet. Das ist das Versagen der GroKo. Wir sagen ganz klar: Da brauchen wir eine Stützung des Handwerks.

Am Ende finde ich dann doch noch einen kleinen guten Aspekt in Ihrem Antrag. Sie schreiben nämlich

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – ja, der letzte Satz –: "Ein einheitlicher CO_2-Preis ist dabei der Schlüssel für effizienten Klimaschutz." Sie haben anscheinend doch verstanden, dass der Zertifikatehandel viel zu lange dauert, und setzen auf einen CO_2-Preis, weil nur der Planungssicherheit liefert. Aber vielleicht ist das doch nur ein Schreibfehler in Ihrem Antrag gewesen. Wir sagen ganz klar: Ihren Antrag lehnen wir ab. Wir setzen auf klare Signale für saubere Wärme,

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): für ein gutes Klima.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Sie bekommen eine Verlängerung, zunächst durch eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Seidl von der AfD-Fraktion.

Josef Seidl (AfD): Verehrter Herr Kollege Stümpfig, wissen Sie, dass moderne Ölheizungen einen Blaubrenner mit der Rußzahl null haben? Wissen Sie, dass der CO_2-Ausstoß bei Ölheizungen minimal höher ist als bei Gasheizungen? Ist Ihnen das überhaupt klar? Sie reden von Anlagen – was weiß ich, wann Sie die letzte gesehen haben. Es ist leider Gottes so, dass ihr von Sachen redet, von denen ihr keine Ahnung habt. Der gesamte CO_2-Ausstoß von Ölheizungen in Deutschland beträgt gerade einmal 4 %. 4 %! Wenn Sie alles auf andere Energieträger umstellen, dann sparen Sie

nicht einmal 1 %. Aber wissen Sie, was das den Verbraucher kostet? – Zwischen 50 und 100 Milliarden! Wenn Sie doch nur mal ein bisschen darüber nachdenken würden, dass das ein blinder Aktionismus ist, den ihr da betreibt!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Der Ton, bitte!)

Rufen Sie bitte schön einmal bei der Handwerkskammer oder bei der Innung an und lassen sich informieren, und dann reden wir weiter!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Eine Ölheizung, auch eine moderne Ölheizung mit Brennwerttechnik, hat einen Ausstoß von rund 300 Gramm CO_2 pro Kilowattstunde Energie, die sie erzeugt.

(Josef Seidl (AfD): Gas!)

– Im Gasbereich haben wir zwischen 200 und 250 Gramm. Wenn wir andere Technologien wählen, haben wir einen Bruchteil davon. Öl ist die dreckigste Technologie,

(Josef Seidl (AfD): Nein!)

um ein Einfamilienhaus oder Mehrfamilienhaus zu beheizen. Das ist Fakt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen alles dafür tun, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger, die heute vor einer Entscheidung stehen, wenn die alte Heizung raus und die neue rein muss, nicht in Fehlinvestitionen leiten. Sie sollen sich nicht wieder für eine neue Ölheizung entscheiden; denn der Ölpreis wird auf jeden Fall steigen; er muss steigen. Wir werden unsere Klimaziele ohne eine klare CO_2-Bepreisung nicht einhalten. Daher ist es im Sinne einer vorausschauenden Politik, hier klar Leitplanken zu setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. Bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege, ich würde ja gerne mal eine Grundsatzdiskussion mit Ihnen führen; aber dafür ist jetzt keine Zeit. Ich finde es nur "super", wie ideologisch Sie die Fakten, also die Tatsachen, immer wieder bewerten können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich gehe davon aus, dass mein Schwager durchaus weiß, wie er seine Heizungsfirma betreiben muss und wann er welche Heizungen einbauen muss. Mich würde trotzdem interessieren, was Sie ihm oder insbesondere Leuten auf dem flachen Lande sagen, was sie jetzt machen sollen. Es hilft den Leuten doch nichts, wenn sie sagen: Das ist mir alles zu wackelig; ich warte, ich baue jetzt nicht ein. – Was haben Sie denn damit erreicht, dass ein halbes Jahr oder ein Jahr lang noch die alte Heizung läuft? Ist es das, was Sie erreichen wollen? Sagen Sie einmal konkret: Wie gehen Sie denn das an? Sagen Sie dann: Die sind doch zu blöd und verstehen nicht, was die in Berlin gemacht haben?

(Beifall bei der FDP)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir haben hier im Landtag schon unzählige Anträge gestellt, in denen wir ausdrücken: Wir brauchen andere Formen der Beheizung. Wir sagen zum Beispiel: Nahwärmenetze. Wir haben Fachgespräche durchgeführt. Dabei ging es zum Beispiel darum, dass in München auch die Abwärme von Industrieanlagen eingespeist wird. Es gibt Nahwärmenetze bei Biogasanlagen im ländlichen Raum. Ich komme aus Feuchtwangen, das liegt im ländlichen Raum; meine Kleinstadt hat 87 Ortsteile. Wir können es mit Nahwärmenetzen und mit gezielten Förderprogrammen schaffen. Wir sagen dann: Es gibt auch auf dem Land Alternativen. Da gibt es

zwar keine Gasinfrastruktur, aber dort können wir über Wärmepumpen, über Pellets, über verschiedene Möglichkeiten Lösungen erreichen. Es gibt alles Mögliche; aber die Ölheizung ist wirklich momentan die schlechteste Möglichkeit. Im Jahr 2020 dürfen keine Ölheizungen mehr eingebaut werden. Wir haben bessere Techniken. Wir müssen endlich davon wegkommen.

Die Handwerker haben ein Problem: Die Auftragsbücher sind komplett voll. Sie haben eigentlich keine Zeit mehr.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wenn ich heute zu einem Handwerker gehe und ihm sage: "Baust du mir eine innovative Heizanlage ein?", dann sagt er: "Nein, ich habe keine Zeit dafür, mich einzuarbeiten." Davon müssen wir wegkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stümpfig. – Nächster Redner ist Herr Kollege Benjamin Miskowitsch von der CSU-Fraktion.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die große Ehre, heute zu den Dringlichkeitsanträgen der FDP, der AfD und der GRÜNEN zu sprechen. Es geht im Grunde um die Planungssicherheit für den Heizungstausch.

Mitte Oktober hat die Bundesregierung im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 umfangreiche Fördermaßnahmen beschlossen, steuerliche Förderungen vor allem für die energetische Gebäudesanierung. Dazu gehört natürlich auch die Investition in eine neue Heizung. Die Einführung einer Austauschprämie für alte Ölheizungen wurde angekündigt und wird mit einer Förderung von bis zu 40 % unterstützt.

Sehr geehrter Herr Stümpfig, eigentlich ist es schon Wahnsinn, wie Sie hier eine Ölheizung mit einem Atomkraftwerk gleichsetzen, wie man schon meinen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU sowie der AfD und der FDP)

Ich glaube, das ist so nicht ganz richtig. Die derzeit gültigen und umfangreichen Fördermöglichkeiten des Bundes bestehen weiterhin und unterstützen speziell den Heizungstausch. Es gibt eine Basisförderung von Pelletheizungen im Gebäudebestand von mindestens 3.000 Euro und eine Basisförderung von Luftwärmepumpen im Gebäudebestand von 1.300 Euro.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP, in Ihrem Antrag sprechen Sie davon, dass der Heizungsmarkt ins Chaos gestürzt werde. Das ist etwas weit hergeholt. Zusätzlich gibt es Investitionszuschüsse über die etablierten Programme wie das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm, das Marktanreizprogramm für Wärme aus erneuerbaren Energien und das Programm Heizungsoptimierung. Die in diesen Programmen enthaltenen Punkte wurden im Klimaschutzprogramm 2030 aufgenommen. Die Folge daraus ist das GebäudeEnergieGesetz, das die bisherigen Rechtsvorschriften zusammenführt. Das ist ganz wichtig. Die ganzen sperrigen Begriffe wie Energieeinsparungsgesetz, Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz werden jetzt zusammengefasst. Das ist auf jeden Fall der richtige Weg. Die Behandlung dieses Gesetzes steht im Bundesrat und Bundestag noch aus. Dem wollen wir an dieser Stelle nicht vorgreifen. Wir glauben schon, dass das ein wichtiger Schritt ist, um das Klimaschutzprogramm 2030 voranzutreiben.

Ich möchte noch eines zum Antrag der GRÜNEN, der die Ölheizungen thematisiert, sagen. Wir wollen nicht den sofortigen Stopp der Ölheizungen. Das gilt insbesondere für den ländlichen Bereich. Herr Stümpfig, Sie sagen zwar, Sie kämen aus dem ländlichen Bereich, ich glaube jedoch, Sie haben sich davon entfernt. In einigen Fällen sitzt das achtzigjährige Mutterl mit ihrer Ölheizung im Haus. Ihr wollen wir es nicht zumu-

ten, ihre Ölheizung von heute auf morgen stilllegen oder herausreißen zu müssen. Das ist nicht unsere Art von Politik.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb brauchen wir für den ländlichen Raum gerade für die Bestandsgebäude Ausnahmen, wenn kein Erdgas und keine Fernwärme verfügbar sind. Die bisherige Austauschpflicht für dreißig Jahre alte Öl- und Gasheizkessel bleibt bestehen.

Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der FDP. Eine rückwirkende Inanspruchnahme künftiger und verbesserter Fördermöglichkeiten ist aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich. Eine Bundesratsinitiative ist deswegen total aussichtslos. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab.

Die Bayerische Staatsregierung wird auf allen Ebenen dazu beitragen, dass das Klimaschutzprogramm 2030 zügig verabschiedet wird. Wir befinden uns auf einem guten Weg. Ich sage noch eines zu den Heizungsbauern. Heizungsbauer sind auch Berater. Sie verstehen ihr Handwerk sehr gut. Wir haben sehr gute Handwerker, die auch in die Zukunft denken. Das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der FDP deshalb ab, genauso wie die nachgezogenen Dringlichkeitsanträge der AfD und der GRÜNEN. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Stümpfig vor.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Miskowitsch, Sie reden von der Oma, die in ihrem Haus wohnt und bei der die Ölheizung herausgerissen werden soll. Bitte versuchen Sie, korrekt zu bleiben. Wenn das nach außen dringt, denkt jeder: Um Him-

mels willen, was ist denn los? – Es geht immer um Neuinstallationen. Wenn die Anlage normal läuft, wird sie niemand herausnehmen. Es geht immer um neue Anlagen. Ich habe elf Jahre lang bei der Unteren Immissionsschutzbehörde der Stadt Ansbach als Umweltingenieur gearbeitet. Wir haben es immer geschafft, einen Ausgleich zu finden, selbst wenn es hieß: Die Anlage muss raus. Wir haben immer eine Lösung gefunden. Bitte malen Sie nicht den Teufel an die Wand. Das stimmt einfach nicht. Wir müssen schauen, dass wir gemeinsam eine Lösung finden. Der gesamte Heizungsbereich muss ökologisiert werden. Mit solchen Phrasen kommen wir einfach nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Benjamin Miskowitsch (CSU): Herr Stümpfig, die Phrasenkönige gibt es normalerweise bei den GRÜNEN.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr froh über Ihren Wortbeitrag. Sie unterstreichen damit, dass wir den Leuten Zeit geben müssen. Wir müssen auch den Leuten Zeit geben, die eine Ölheizung haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Miskowitsch. – Die nächste Rednerin ist Frau Natascha Kohnen für die SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vortrag von Herrn Kaltenhauser war deutlich softer, als es die Formulierungen in Ihrem Antrag sind. Sie sagen, die Bundesregierung stürze die Heizungsbranche ins Chaos. Das halte ich tatsächlich für relativ grotesk. Ich sage Ihnen, wie der Ablauf ist. Nächste Woche wird das Klimaschutzpaket im Steuerrecht in Zweiter und Dritter Lesung verabschiedet. Es umfasst die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen bei Häusern und Wohnungen. Ab dem Jahr 2020 werden für zehn Jahre befristet Kosten, beispielsweise durch den Austausch von Ölhei-

zungen oder für eine bessere Wärmedämmung, steuerlich gefördert. Man muss zwischen Klimapaket und Gesetzgebung tatsächlich einige Wochen arbeiten, um das ordentlich zu machen. Insofern entsteht kein Chaos. Bis Ende des Jahres ist alles ohnehin unter Dach und Fach. Auch die Austauschprämie für Ölheizungen wird in der Bundesförderung für effiziente Gebäude – kurz BEG – bis Ende des Jahres enthalten sein. Man kann nicht von Chaos sprechen. Das müssten Sie besser wissen. Ende des Jahres werden alle im Bilde sein, wie es funktioniert. Der Handwerker, der Schornsteinfeger oder der Energieberater beraten zudem Besitzer von Ölheizungen. Dann hat man die richtigen Informationen. Das müsste Ihr Kollege oder Ihr Verwandter, mit dem Sie gesprochen haben, eigentlich wissen.

Martin, was du vorgetragen hast, war etwas overdone. Alles soll sofort gestoppt werden. Du weißt selber, dass das nicht realistisch ist. Du hast gerade selber gesagt, man finde in den ländlichen Regionen immer eine Lösung. Dieses Klimapaket enthält für Ölheizungen auch Ausnahmen in den ländlichen Regionen, wo es noch keine Fernleitungen gibt. Bitte dimme an dieser Stelle etwas herunter. Die Ausnahmen für den ländlichen Raum müssen sein; denn sonst entspricht es einfach nicht der Realität.

Der Vortrag zum FDP-Antrag war ganz okay. Das kann man vielleicht aufklären. Aber ganz ehrlich: Die Begründung im Antrag ist so was von platt. Dort heißt es: "Langfristig brauchen wir einen echten Neustart in der Klimapolitik, der nicht auf planwirtschaftliches Klein-Klein setzt, sondern auf marktwirtschaftliche Anreize." Erklären Sie das einmal Ihren Kollegen aus der Heizungsbranche. Sie sind markthörig – das wissen wir. Insofern halte ich die planwirtschaftlichen Vorwürfe wirklich für dämlich.

Ich komme noch kurz zum Redebeitrag von Martin Stümpfig. Wenn ihr mit einer Änderung eures Antragstextes einverstanden wärt, würden wir dem Antrag zustimmen. Im zweiten Absatz sollen die Wörter "ein sofortiges Ende" durch die Wörter "einen sukzessiven Ausstieg" ersetzt werden. Wenn das geht, stimmen wir gerne zu. Ansonsten enthalten wir uns.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kohnen. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Hans Friedl von den FREIEN WÄHLERN.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! 151, 152, 430, 431 – das sind die Nummern der Programme der KfW-Förderung in Form eines Kredits oder Zuschusses, beispielsweise für Heizungen, die erneuert werden müssen. Das sind nicht die Lottozahlen. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle – BAFA – kann jeden einzelnen Bürger unterstützen. Die BayernLabo kann dort fördern, wo die KfW-Förderung nicht greift. Chaos – so nennen Sie es in der Begründung Ihres Antrags – kann ich an dieser Stelle nicht erkennen.

Ich komme zurück zum Antrag. Insbesondere der Austausch von Ölheizungen soll gefördert werden, und zwar rückwirkend und weit in die Zukunft. Ab dem Jahr 2026 sollen keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden. Uns allen geht es doch um Klimaschutz. Der Austausch bestehender Öl- und Gasheizungen älterer Bauart – Stichjahr 1991 – soll mit Tauschprämien und Zuschüssen in Höhe von 40 % der Kosten gefördert werden. Abschreibungsmöglichkeiten soll es auch geben. Die Ölheizung wird nicht verteufelt, wie Sie es beschreiben. Hybridlösungen werden förderfähig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, diese Informationen sind frei verfügbar. Aber Sie haben recht, das sind alles Absichtserklärungen.So ist der Plan; die Gesetze müssen erst noch den Bundestag passieren. Deshalb ist der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt schlichtweg Nonsens und schürt eigentlich das, was Sie mit dem Antrag vermeiden wollen: die Unsicherheit der Bürger. Müssen wir uns über ungelegte Eier unterhalten? – Wir müssen den Klimaschutz und den sozialsten Verbraucherschutz fördern. Hat die FDP in Bayern nicht im Juli beschlossen, für lösungsorientierten Klimaschutz vor Ort zu sein und den Klimanotstand zu verhindern? – Zur Grundlage Ihres Antrags habe ich eine andere Vermutung. Es sind nicht die kleinen und mittleren Heizungsbaubetriebe, über die Sie Ihre schützende Hand halten möchten. Vielleicht

gibt es gerade jetzt eine Auftragsdelle, bis alle Regeln definiert sind? Aktuell beträgt die Quote von Ölheizungen bei Neubauten 0,6 %. Wollen Sie in Wahrheit vielleicht die Mineralölindustrie stützen, die seit Jahren über den sinkenden Absatz von Heizöl klagt?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Friedl, bitte kommen Sie zum Ende.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sie schieben die Handwerksbetriebe nur vor.

(Widerspruch bei der FDP)

Genau deshalb werden wir FREIE WÄHLER den Antrag der FDP und den der AfD ablehnen. Diese sind überholt. Den Antrag der GRÜNEN lehnen wir auch ab; denn eine Umstellung braucht Zeit.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Friedl!

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Die Verbotspartei sind nicht die FREIEN WÄHLER, sondern die GRÜNEN. Deswegen lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Friedl. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Sie bekommen noch einmal eine Verlängerung durch Herrn Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Lieber Herr Friedl, wenn Sie mir vorwerfen, ich könne nicht richtig lesen, dann haben Sie meinen Antrag auch nicht richtig gelesen. Ich möchte klarstellen, worum es mir geht: Dass mein Schwager, auf den ich mich bezogen habe, zur Großindustriellenszene gehören würde, ist mir neu. Aber ich werde es ihm berichten. Vielleicht freut er sich darüber. Es geht schlicht und ergreifend darum, dass Bürger im Moment nichts machen, weil die Lage unsicher ist, sie vielleicht viel Geld verschenken und sich vom Nachbarn im Nachhinein anhören müssen,

es wäre besser gewesen, ein paar Monate zu warten. Das ist ganz ehrlich gesprochen.

Wie gehe ich damit um? Der Vorredner hat das ein bisschen falsch dargestellt. Es gibt durchaus Möglichkeiten, Dinge rückwirkend zu genehmigen, auch wenn das Gesetzgebungsverfahren noch nicht ganz abgeschlossen ist. Es geht hier nicht um Klimapolitik ja oder nein. Es geht maximal um die Umsetzung. Der Klimaschutz ist völlig unbestritten. Das können Sie uns dann doch nicht unterstellen. Es geht darum, was ganz konkret gemacht werden kann. Wie schaffen wir es jetzt, dass Investitionen nicht aufgrund von Unsicherheit zurückgestellt werden?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kaltenhauser, denken Sie an Ihre Redezeit.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Das ist meine ganze Zielsetzung.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Herr Friedl, bitte.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Kollege Kaltenhauser, es gibt genügend andere Formen der Beheizung. Gestatten Sie mir die Bemerkung, dass Sie es als FDP-Fraktion in der Hand gehabt hätten, in der Bundesregierung mitzuwirken. Sie haben sich aber vom Acker gemacht.

(Widerspruch bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Friedl. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Herr Swoboda, bitte kommen Sie nach vorne, Sie haben das Wort. – Herr Swoboda, ich habe Ihnen das Wort erteilt. Bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst, der Beitrag dauert nur drei Minuten oder vielleicht dreieinhalb Minuten. Der Beitrag der Gebäudewirtschaft zum CO_2-Smog beträgt nach den

Medien landauf, landab nur 17 %, 21 % sind es beim Verkehr. Heute reden wir über die Gebäudewirtschaft. Der Häuslebauer, der Ölheizungsbetreiber, leistet einen noch wesentlich geringeren Beitrag zu diesem Smog. Es kommt mir so vor, dass nach der Hatz auf die Bauern, wegen des Artensterbens und wegen der Grundwasserverschmutzung, nun die Hatz auf die privaten Waffenbesitzer – darüber haben wir heute schon etwas gehört – kommt und jetzt die Hatz auf die Ölheizungsbetreiber. Wer macht so etwas? – Die Bundesregierung, gestützt von der Bayerischen Staatsregierung im Bundesrat und natürlich in der Landesgruppe.

Auch wenn es sich noch nicht um ein Gesetz handelt, sondern um eine Absichtserklärung, wie ich gerade gehört habe, wird es so wie hier im Haus sein: Die Staatsregierung macht eine Absichtserklärung in Form eines Dringlichkeitsantrags oder von Ähnlichem, vier Wochen später kommt die erste Gesetzeslesung, und am Schluss geht das Gesetz so raus, wie es reingekommen ist. Ich befürchte, dass das hier auch so sein wird. Es macht mich als Parlamentarier traurig, weil ich weiß, wie es ausgehen wird.

Natürlich macht mich das auch als Häuslebauer und Ölheizungsbetreiber traurig, da ich sehr viel gespart habe, um das überhaupt machen zu können. Jetzt habe ich alles fertig und stehe vor dem Vorwurf, ein Umweltverschmutzer oder CO_2-Smogger zu sein. Nein, das will ich nicht sein, und das bin ich auch nicht. Das sagt mir zumindest mein Kaminkehrermeister für meinen Bezirk. Jedes Jahr werde ich getestet und geprüft und mit Gutachten versehen. In diesem Gutachten heißt es, dass meine Heizung hervorragend sei. Sie ist 25 Jahre alt und hat einen geringen CO_2-Ausstoß und kaum Schwebstoffe.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Viel heiße Luft!)

Das sagt nicht nur der Kaminkehrermeister, sondern auch der Heizungsbauer.

Meine Damen und Herren, es gibt keine Alternativen. Soll ich eine Scheitholzanlage einbauen? – Das ist wenig sinnvoll. Dafür brauche ich eine Automatisierung, die ich nicht habe. Holzpellets und Hackschnitzelanlagen sind wegen des erforderlichen gro-

ßen Platzbedarfs nicht möglich. Stellen Sie sich vor, das würde jeder machen! Wie viele Wälder müssten wir dafür abroden? Das ist im Übrigen CO_2-schädlich. PV- und Solarthermie-Anlagen sind wegen der falschen Ausrichtung des Hausdaches nicht vielversprechend. Wärmepumpen sind wegen fehlender Flächen, wenn es um Erdwärmekollektoren geht, nur als Luft-Luft-Kollektoren oder Luft-Brunnenwasser-Anlagen realisierbar, wie man mir gesagt hat. Flüssigkeitsanlagen scheiden ohnehin aus. Die machen nur die Amerikaner reich. Nahwärme und Fernwärme sind auch auf dem Land der große Renner. Aber wenn Sie sich darauf einlassen, bekommen Sie einen Knebelvertrag vorgelegt, so wie ich. Dann müssen Sie das bezahlen, was am Schluss herauskommt. Das wissen Sie vorher aber nicht. Das ist keine Alternative. Es gibt nur einen Anbieter. Wenn dieser Pleite macht, dann muss ich nachzahlen. So kann ich das Häuschen auch gleich verkaufen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda, Ihre Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): So wie mir geht es vielen. Passen Sie auf! Die nächste Wahl kommt bestimmt. Gehen Sie bei Ihrem Programm 2020 von 30 runter auf 20. Ich wünsche Ihnen, wenn Sie so weitermachen, einen schönen Abend. Einen schönen Abend wünsche ich – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Swoboda. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/4566, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der AfD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 18/4617, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion.

Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Enthaltungen! – Bei einer Enthaltung in der FDP sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/4618, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen! – SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/4567, 18/4568, 18/4571 sowie 18/4619 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Wir haben kurz vor halb sechs.